

**OBS-Arbeitsheft 70 – Marktordnung für Lobbyisten – ONLINE TEIL**



**Andreas Kolbe, Herbert Hönigsberger, Sven Osterberg**

**Teil B: Die Diskussion der Regulierungsfelder**

**3 Auf einen Blick:  
Pro und Contra Regulierung in den Interviews**

## Teil B: Die Diskussion der Regulierungsfelder

### Sichtung der Vorschläge

Die Debatte über die Regulierung des Lobbyismus ist längst im Gange. Eine wirkungsvolle Marktordnung für lobbyistische Interventionen, die realistische Aussicht auf politische Umsetzung haben soll, hat allerdings anspruchsvolle Voraussetzungen. Sie muss von der Politik gewollt und von den Marktteilnehmern – Unternehmen, Verbänden, Lobbyisten – akzeptiert oder zumindest respektiert werden. In der Öffentlichkeit kursiert eine Reihe von Einzelvorschlägen, die insbesondere von Lob-

byControl und Transparency International lanciert und teilweise im Bundestag aufgegriffen werden. Die wichtigsten haben wir zu „Regulierungsfeldern“ zusammengefasst. Unsere Gesprächspartner haben wir gebeten, die einzelnen Regulierungsfelder zu beurteilen und die Wirksamkeit der einzelnen Forderungen, aber auch die Grenzen ihrer Wirksamkeit zu diskutieren. Übersicht 4 gibt einen Überblick über die Regulierungsfelder.

#### ► Übersicht 4:

##### Regulierungsfelder

1. Verpflichtendes Lobbyregister beim Deutschen Bundestag und den Ministerien
2. Verhaltensrichtlinien/Freiwilliger Kodex der Lobbyisten
3. Legislative Footprints
4. Verbot von Nebentätigkeiten für Abgeordnete
5. Karenzzeiten für ausscheidende Politiker
6. Leihbeamte aus den Ministerien
7. Verbot von „Kanzleigesetzen“
8. Verbot des Sponsorings von Bundesministerien
9. Stärkung des Bundesrechnungshofes
10. Umgang mit Bestechung
11. Einsetzung eines Lobbybeauftragten des Deutschen Bundestages

Hier stellen wir Pro und Contra aus der Diskussion der Vorschläge mit unseren Interviewpartnern vor; die Reihenfolge entspricht nicht derjenigen der Übersicht.

### 3 Auf einen Blick: Pro und Contra Regulierung in den Interviews

| ► Tabelle 3:  |  |
|---|--|
| <p><b>Diskussion der Regulierungsfelder</b></p> <p><b>Verpflichtendes Lobbyregister beim Deutschen Bundestag und den Ministerien</b></p>  |  |
| PRO   | CONTRA   |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Das öffentliche Interesse, wer in welchem Umfang und mit welchen Ressourcen Politik beeinflusst, ist größer als das Geheimhaltungsinteresse der Unternehmen.</li> <li>■ Zeitgemäß, da Verbändeliste unvollständig und politisch wertlos geworden ist.</li> <li>■ Erlaubt Übersicht, wer für wen unterwegs ist.</li> <li>■ Selbstschutz für Agenturen, um Schmutz-Image loszuwerden.</li> <li>■ Klarheit über Interessenvertretungskonflikte auf Akteursebene.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Mehr Bürokratie</li> <li>■ Kein Vorbildmodell bekannt</li> <li>■ Aktualisierung in der Praxis schwierig, da Aufträge von unterschiedlicher Dauer.</li> <li>■ Angst vor Überwachungsstaat</li> <li>■ Hat Wirkung einer Verdachtsliste.</li> <li>■ Befriedigt nur voyeuristische Bedürfnisse.</li> <li>■ Unklar, wer überhaupt Lobbyist ist.</li> <li>■ Kein Garant dafür, dass Politik und Administration gut arbeiten.</li> <li>■ Führt zu mehr Unübersichtlichkeit.</li> </ul> |
| <p><b>Verbot der Beschäftigung Externer in den Ministerien und der Bundesverwaltung</b></p>   |  |
| PRO   | CONTRA   |
| <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Fördert direkte Infiltration.</li> <li>■ Wettbewerbsnachteile entstehen.</li> <li>■ Personen werden in den Staatsapparat integriert, die abhängig Beschäftigte sind und bleiben.</li> <li>■ Verhinderung von Lobbyismus, der verkleidet als neutrale, objektive Beratung auftritt.</li> </ul>  | <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Je mehr Austausch zwischen Politik und Wirtschaft, desto besser.</li> <li>■ Austausch von Kompetenz kann nur gut sein.</li> <li>■ Die Hoffnung auf engere Verschränkung von politischer und wirtschaftlicher Welt.</li> <li>■ Durchlässigkeit schafft mehr Verständnis füreinander.</li> </ul>  |

|  |  |
|--|--|
| <p><b>PRO</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>■ Sachverstand und Expertise müssen transparent eingeholt werden.</li><li>■ Privilegierte Zugänge verstoßen gegen Gleichheitsgrundsatz aller Firmen, die eigene Interessen haben.</li><li>■ Diese Praxis schafft Intransparenz.</li><li>■ Die Industrie hat den normalen Weg zu wählen so wie jeder andere auch.</li><li>■ Unzulässige Vermischung verschiedener Interessen.</li><li>■ So etwas darf es in der Demokratie nicht geben.</li></ul> | <p><b>CONTRA</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>■ In anderen Ländern wird das viel entspannter gesehen.</li><li>■ Der Per-se-Verdacht auf Vorteilsnahme ist ein deutsches Problem.</li><li>■ Journalisten und Medien produzieren künstliche „Geschmäckles“.</li><li>■ Der Missbrauch wird stark überschätzt.</li><li>■ Da die Besten ohnehin in die Wirtschaft gehen, ist der Austausch eine gute Idee, um in die Politik reinzuschneppern.</li><li>■ Ministerien sind personell und finanziell schlecht ausgestattet.</li><li>■ Eine Form kostengünstiger Politikberatung.</li><li>■ Ausschreibung und Werkverträge kosten Zeit und Bürokratie.</li><li>■ Interessenkonflikte können besser direkt geklärt werden.</li><li>■ Verbot führt zu Ausweichreflexen, also Bestechung und große Verdienste folgen dann lediglich zeitversetzt nach Aufgabe des politischen Amtes.</li><li>■ Die Hauptsache ist Transparenz.</li></ul> |
| <p><b>Verbot des Sponsorings von Regierungsangelegenheiten</b></p>   |  |
| <p><b>PRO</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>■ Zum positiven Bild von Demokratie gehört auch, dass Demokratie sich selbst feiert.</li><li>■ Das Bundespräsidentenfest aus Steuergeldern finanziert sähe besser aus.</li><li>■ Unternehmen sind keine altruistischen Organisationen.</li><li>■ Eigenfinanzierung gehört zum selbstbewussten Auftreten demokratischer Institutionen.</li></ul>  | <p><b>CONTRA</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>■ Unser Demokratieverständnis ist nicht, dass der Staat alles macht und alles bezahlt.</li><li>■ Feste aus Steuergeldern schaden dem Ansehen der Politik.</li><li>■ Gebot der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit im Umgang mit Steuergeldern.</li><li>■ Wieso soll der Steuerzahler das bezahlen, wenn es die Wirtschaft freiwillig macht?</li></ul>  |

| PRO   | CONTRA   |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Es ist eine Frage des politischen Stils.</li> <li>■ Die politische Kultur sollte da sauber trennen.</li> <li>■ Staatliche Unabhängigkeit muss gewahrt bleiben.</li> <li>■ Es geht um die Ästhetik der Demokratie.</li> <li>■ Wichtige öffentliche Aufgaben sollen mit Steuergeld erledigt werden.</li> <li>■ Staatliche Organisationen dürfen nicht vom guten Willen der Industrie abhängig sein.</li> <li>■ Sponsoren verfolgen immer Ziele, sei es Imagepflege oder seien es Interessen, die sie im politischen Raum platzieren wollen.</li> <li>■ Alles nur Imagepflege auf Kosten der Demokratie.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Die Feier- und Begegnungskultur wird kärglicher ausfallen.</li> <li>■ Politiker lassen sich davon nicht beeinflussen.</li> <li>■ Sommerfeste der Landesvertretungen sind aus unternehmerischer Sicht eine sinnvolle Kommunikationsplattform.</li> <li>■ Das Bundesverfassungsgericht hat beim Thema Parteispenden geurteilt, dass die Parteien angehalten sind, Spenden einzuwerben.</li> </ul> |

### Verbot von „Kanzleigesetzen“

| PRO  | CONTRA   |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Demokratische Institutionen, sei es der Bundestag oder die Ministerien, müssen so ausgestattet sein, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können.</li> <li>■ Jeder Staatsbürger muss erwarten können, dass die demokratischen Institutionen, sei es der Bundestag oder die Ministerien, so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können.</li> <li>■ Ein Irrweg: Der Staat kann nicht schlank genug sein, schmälert seine Handlungsfähigkeit und externalisiert zentrale Aufgaben.</li> <li>■ Ein Armutszeugnis für Ministerien, wenn sie ihre Gesetze nicht selber schreiben können.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Besser ein gutes Gesetz von außerhalb als ein schlechtes von innen.</li> <li>■ Politischer Schaden durch mangelhafte Gesetze wäre größer, wenn man in Krisensituationen auf externe Zuarbeit verzichtet hätte.</li> <li>■ Hauptsache, der Gesetzesentwurf wird debattiert.</li> <li>■ Ein Verbot ist immer die schlechteste aller Lösungen.</li> <li>■ Ministerien können nicht allwissend sein.</li> <li>■ Kanzleien sind wesentlich flexiblere und auch günstigere Politikberatungsorgane als Fraktionsmitarbeiter oder Ministerialbeamte.</li> </ul> |

| PRO  | CONTRA  |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"><li>■ Privatisierungsorgien sind das größte Problem, das wir derzeit in diesem Lande haben.</li><li>■ Es ist unvorstellbar, wie man Interessenkonflikte verhindern will.</li><li>■ Man solle lieber öffentlich finanzierte Lehrstühle an Universitäten fragen, da gibt es genug Expertise, außerdem sind das auch Beamte.</li><li>■ In Ordnung, wenn es die Ausnahme bleibt.</li></ul> | <ul style="list-style-type: none"><li>■ Gegen Expertensachverstand und Expertenberatung kann niemand etwas haben.</li></ul> |

### Legislative „Fußabdrücke“ einführen

| PRO   | CONTRA  |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"><li>■ Wer etwas zu verbergen hat, der sollte keinen Einfluss haben.</li><li>■ Erspart Recherchen und dient der Transparenz.</li></ul> | <ul style="list-style-type: none"><li>■ Verkompliziert das Gesetzgebungsverfahren unnötig.</li><li>■ Verhältnismäßig hoher Aufwand im Vergleich zum Ertrag.</li><li>■ Gleichmacherei, die den falschen Eindruck vermittelt, jeder rede in gleichem Maße mit.</li><li>■ Zeitbudget, Häufigkeiten, Intensitäten des Einflusses werden nicht abgebildet.</li><li>■ Abgeordnete entscheiden und sind dafür verantwortlich.</li><li>■ Entfacht Pseudoskandale, die den Institutionen Schaden zufügen können.</li><li>■ Falscher Generalverdacht, dass Einfluss per se negativ ist.</li><li>■ Lobbyisten wollen Arbeitsnachweise und möglichst viele Footprints.</li><li>■ Tätigkeitsnachweise machen Lobbyisten wichtiger, als sie sind.</li></ul> |

| PRO | CONTRA   |
|-----|--|
|     | <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Vorschlag ist Ausdruck einer Misstrauenskultur.</li> <li>■ Grundüberzeugungen des Politikers treten in den Hintergrund.</li> <li>■ Beugt Missbräuchen nicht vor und bedient nur Negativ-Klischees.</li> <li>■ Der wahre Einfluss wird dabei nicht sichtbar.</li> <li>■ Technisch schwierig oder gar unmöglich.</li> <li>■ Verwirrend und führt zu mehr Intransparenz.</li> <li>■ Sagt nichts aus über den eigentlichen Prozess der Interessenvertretung und Interessenabwägung.</li> <li>■ Ausschussdrucksachen sind transparent genug.</li> <li>■ Informelle Gespräche haben oft mehr Einfluss als formelle Beeinflussungsversuche.</li> <li>■ Hier wird Transparenz zum Fetisch, typisch Wikileaks-Kultur.</li> </ul> |

### Einsetzung eines Lobbybeauftragten des Deutschen Bundestages

| PRO   | CONTRA  |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Besser als eine neue Behörde.</li> <li>■ Es braucht eine Institution, die unabhängig und dafür zuständig ist.</li> <li>■ Beauftragte sind Figuren, die sich bewährt haben.</li> <li>■ Kann dem Lobbyproblem Gesicht und Stimme geben.</li> <li>■ Trägt zur Versachlichung der Diskussion bei.</li> <li>■ Ja, aber er soll auch zum positiveren Bild des Berufsstandes der Lobbyisten beitragen.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Beauftragtentum würde dadurch entwertet.</li> <li>■ Beauftragtenwesen sollte kritisch hinterfragt werden.</li> <li>■ Bundestagspräsident ist schon der Lobbybeauftragte.</li> <li>■ Führt zu Totalüberwachung der freien Abgeordnetentätigkeit.</li> <li>■ Interessenvertretung ist laut Grundgesetz gewollt.</li> <li>■ Es ist kein internationales Vorbild bekannt.</li> </ul> |

| PRO | CONTRA  |
|-----|---|
|     | <ul style="list-style-type: none"><li>■ Neues Bürokratieelement ohne <i>added value</i>.</li><li>■ Überflüssige Arbeitsbeschäftigungsmaßnahme, besser sind ordentliche Gesetze, die den Lobbyismus regeln.</li><li>■ Ein Beauftragter wäre sicherlich überfordert.</li><li>■ Kein Vergleich zum Wehrbeauftragten, denn er greift nicht – wie ein Lobbybeauftragter – in den Gesetzgebungsprozess ein.</li></ul> |

### Karenzzeiten für Politiker

| PRO  | CONTRA   |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"><li>■ Dient der Vermeidung eines „Geschmäckles“, das dem Ansehen der Politik schadet.</li><li>■ Es stünde den Akteuren gut zu Gesicht.</li><li>■ Warum müssen Politiker überhaupt Lobbyisten werden?</li><li>■ Ausnutzung der Netzwerke und Intimkenntnisse sind fragwürdig.</li><li>■ Keine Türöffner für finanzstarke Firmen!</li><li>■ Verhindert mögliche Interessenkonflikte.</li><li>■ In den USA gibt es auch eine zweijährige Karenzzeit.</li><li>■ Karenzzeiten nur, wenn Beruf mit politischer Tätigkeit verbunden ist.</li><li>■ Die Regelung, dass der jeweilige Dienstherr entscheidet, ist unpraktisch, da Willkür und Ungleichbehandlung zwischen den Häusern stattfindet.</li><li>■ Je höher die Verantwortungsmacht, desto länger die Karenzzeit.</li></ul> | <ul style="list-style-type: none"><li>■ Niemand soll daran gehindert werden, irgendwann auch wieder ehrbaren Berufen nachzugehen.</li><li>■ Ein Mandat ist immer nur etwas auf Zeit.</li><li>■ Es darf kein Berufsverbot geben!</li><li>■ Steuerzahler würde unnötig belastet werden.</li><li>■ Dann haben wir noch mehr Beamte im Parlament!</li><li>■ Diese Regelung schreckt Seitenwechsler ab.</li><li>■ Es braucht mehr Wirtschaftsleute in der Politik!</li><li>■ Wir wollen keine Berufspolitiker!</li><li>■ Das ist ein Misstrauensausdruck gegenüber der Politik.</li><li>■ Die Alimentierung befördert Politikverdrossenheit.</li><li>■ Absurd, wenn Nebentätigkeiten zugelassen sind.</li></ul> |

| PRO   | CONTRA  |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Nur wenn vorher Verträge abgeschlossen wurden, sollte es eine Karenzzeit geben.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Senatoren auf Lebenszeit – das wollen wir nicht!</li> <li>■ Ein Abgeordneter geht mit einer Kandidatur ein Risiko ein: Warum soll er dann noch bestraft werden und danach seinen Geschäften nicht mehr nachgehen können?</li> <li>■ Wenn ein MdB inmitten der Legislatur sagt, er will was anderes machen, und in die Wirtschaft wechselt, dann ist das eine individuelle Entscheidung, die zu respektieren ist.</li> <li>■ Erweckt Eindruck, als ginge es Politikern nur um die Zeit danach, Politik als Mittel zum Zweck.</li> <li>■ Politiker werden über einen Kamm geschert.</li> <li>■ Eine Pause löst das grundsätzliche Problem nicht, ein Kanzler ist nach zehn Jahren sogar noch populärer als kurz nach seiner Abwahl.</li> </ul> |

### Verbot/Reduzierung von Nebentätigkeiten der Abgeordneten

| PRO  | CONTRA   |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Politik ist ein Vollzeitberuf, da hat man keine Chance, eine Nebentätigkeit auszuüben.</li> <li>■ Warum muss man sich für die Kontakte in die Gesellschaft bezahlen lassen?</li> <li>■ Warum ist dann nur der Kontakt valide, für den man Geld bekommt?</li> <li>■ Wenn ich als MdB zu irgendetwas eingeladen werde, dann brauche ich keine Kohle dafür. Was soll das?</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Keine Gleichsetzung von Nebentätigkeit und Bestechlichkeit!</li> <li>■ Die Angst vor einem reinen Beamtenparlament.</li> <li>■ Politikern darf man nicht die Zukunft abschneiden.</li> <li>■ „Nur-Abgeordneter“ ist eine Sackgasse.</li> <li>■ Grundsätzlich ist es erstrebenswert, Menschen aus freien Berufen im Parlament zu haben.</li> </ul> |

| PRO   | CONTRA   |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"><li>■ Entweder entscheiden sie sich dafür, in der Legislative zu sitzen und Gesetze zu machen, oder sie entscheiden sich für das Unternehmen.</li><li>■ Diäten sollen angehoben werden, dass dieser ganze Sozialversicherungskram genauso ist wie in der Wirklichkeit in der Wirtschaft.</li><li>■ Die Trennung zwischen Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften ist in dieser Debatte wichtig.</li><li>■ Derzeit gültige Veröffentlichungsstufen sind zu intransparent.</li><li>■ Die VÖ-Stufen in 10.000er-Schritten nach oben fortsetzen!</li><li>■ Das Argument, dann lassen sich angeblich Leute, die mitten im Berufsleben stehen, nicht mehr zu Parlamentariern wählen, ist falsch. Inzwischen sind 20 Prozent Selbstständige im Parlament, ein Großteil von ihnen sind Anwälte. Sie sind überrepräsentiert im Gegensatz zu den Beamten.</li><li>■ Je länger MdB im Bundestag sitzen, desto mehr Nebentätigkeiten haben sie im Durchschnitt normalerweise, und nach jeder Neuwahl des Bundestages, da gibt es auch Studien, nimmt die Summe der Gesamteinnahmen aus Nebentätigkeiten von Jahr zu Jahr kontinuierlich zu. Das ist sozusagen Geld, das der Politik folgt.</li></ul> | <ul style="list-style-type: none"><li>■ Politiker nehmen womöglich Problemlagen aus den Unternehmen mit.</li><li>■ Transparenz ist regulatorisch ein eleganteres Mittel als die Bürokratie.</li><li>■ Ich habe immer Probleme, wenn ich einen wählen soll, indem er sagt: Ich bin Beamter und lasse mich beurlauben.</li><li>■ Der Wettbewerb bei der Wahl ist Regulierung genug.</li><li>■ Verrechnung der Diäten mit Einnahmen aus Nebentätigkeiten!</li><li>■ Wo soll man die Grenze ziehen? Ein Landtagsabgeordneter in NRW bekommt fast so viel wie ein Bundestagsabgeordneter. Ein Landtagsabgeordneter in Berlin muss nebenbei arbeiten gehen.</li><li>■ Durch Nebenberufsverbote züchtet man Berufspolitiker heran.</li><li>■ Bei Familienbetrieben ist Trennung nicht möglich.</li><li>■ Jeder Arbeitnehmer bekommt eine Nebenerwerbserlaubnis, die Personalabteilungen dürfen das gar nicht verbieten.</li><li>■ Die Veröffentlichungsstufen sind ausreichend.</li></ul> |

## Erweiterte Publikationsmöglichkeiten des Bundesrechnungshofes

| PRO  | CONTRA  |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Der Bundesrechnungshof hat einen anständigen Leumund.</li> <li>■ Warum nicht, wenn man schon einen Bundesrechnungshof hat?</li> <li>■ Blackbox auf und große Leuchte rein!</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Der Bundesrechnungshof ist kein politisches Organ.</li> <li>■ Das würde nicht der Gewaltenteilung entsprechen.</li> <li>■ Keine Entparlamentarisierung durch das Parlament selbst!</li> <li>■ Deren Stellung ist ohnehin schon sehr hoch, die brauchen nicht noch mehr Macht.</li> <li>■ Gefahr der Herrschaft von Rechnungshöfen und Finanzexperten steigt.</li> <li>■ Gefahr einer sachfremden Debatte, die nicht öffentlich geführt werden muss.</li> <li>■ Bundesrechnungshof ist nicht demokratisch legitimiert und soll quasi staatsanwaltliche Befugnisse bekommen?</li> <li>■ Bundesrechnungshof lebt von/hat Ansehen durch Unabhängigkeit und hohe Autorität, die dadurch abgebaut würde.</li> <li>■ Selbsthygiene muss Sache des Parlamentes sein und nicht Sache von Beamten!</li> <li>■ Demokratieprinzip beachten: Demokratie findet im Haushaltsausschuss statt!</li> <li>■ Der Bundesrechnungshof hat in der Vergangenheit oft danebengelegt.</li> <li>■ Der Bundesrechnungshof ist keine Eingriffsverwaltung.</li> <li>■ Es ist sein Vorteil, dass er grundsätzlich nichtöffentlich arbeitet.</li> </ul> |

## UN-Konvention gegen Korruption und Bestechung

| PRO   | CONTRA  |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Deutschland hat die UN-Konvention zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert!</li> <li>■ Sehr peinlich!</li> <li>■ Wir haben international gesagt: Das wollen wir. Also müssen wir einen Weg finden.</li> <li>■ Wichtiger symbolischer Akt.</li> <li>■ Das beweist die Selbstheilungskräfte des Parlamentes.</li> <li>■ Die Leute wollen gewählt werden, also sollen sie die Karten offenlegen.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Die Frage nach der Beweisbarkeit kann kaum beantwortet werden.</li> <li>■ Wo zieht man die Grenze? Beim Geld oder beim Essen, das Geldwert ist?</li> <li>■ Stimmenkauf geht doch gar nicht beim Fraktionszwang in Deutschland!</li> <li>■ Es ist kein Beispiel bekannt, das dies rechtfertigt!</li> <li>■ Jede Wahlkampfspende ist auf Stimmen und politischen Erfolg ausgerichtet.</li> <li>■ Wenig praktikabel, denn es verstößt gegen das Bestimmtheitsgebot, das ist nicht berechenbar, nicht vorhersehbar.</li> </ul> |

## Freiwilliger Kodex der Lobbyisten

| PRO   | CONTRA   |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Freiwillig ist immer gut und immer besser als ein Gesetz!</li> <li>■ Zwingt Lobbyisten über ihr Grundverständnis nachzudenken.</li> <li>■ Man setzt sich kognitiv und ethisch mit seinem Treiben auseinander.</li> <li>■ Könnte dafür sorgen, dass sich Kultur unter Lobbyisten bildet, woraus dann eine gewisse Ethik resultiert.</li> <li>■ Formulierung einer positiven Norm definiert überhaupt erst Missbrauch.</li> <li>■ Als Lobbyist hat man ein großes Interesse daran, dass es legitim ist, Interessen zu vertreten.</li> <li>■ Es bewirkt wenig, aber es ist sinnvoll.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Freiwillig reicht nicht aus, besser ist ein verpflichtendes Lobbyregister!</li> <li>■ Das ist eher „Window-Dressing“.</li> <li>■ Viel Semantik bedeutet wenig Verpflichtendes!</li> <li>■ Es bringt in der Praxis nichts: Entweder ich mache mein Geschäft nach Recht und Gesetz, oder ich mache es nicht; ob ich da irgendein Stück Papier unterschrieben habe oder nicht, ist aber völlig unbedeutend.</li> </ul> |

## Neue, einheitliche Verhaltensrichtlinien für Abgeordnete und Ministeriale

| PRO  | CONTRA  |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Selbstbefassung ist wichtiger, als pauschale Regelungen zu verordnen.</li> <li>■ Sinnvoll, weil dadurch Graubereiche sichtbar gemacht werden.</li> <li>■ Man braucht Regelungen, denn wenn man sie nicht hat, besteht immer die Gefahr, dass das ins Gegenteil umschlägt.</li> <li>■ Wenn das Richtige drinsteht, zum Beispiel Regelungen, dass im Ministerium nur Personen Kontakt zu Ministerialräten und so weiter bekommen, die im Lobbyregister registriert sind.</li> <li>■ Ja, aber ein Abgeordneter sollte mehr Freiheitsrechte haben als ein Beamter!</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Allgemeine Diskussion ist mehr wert als irgendwelche Gesetze.</li> <li>■ Bei Abgeordneten abwegig, Ministeriale haben schon Anweisungen.</li> <li>■ Selbstverpflichtung ist viel besser.</li> <li>■ Abgeordnete werden lächerlich gemacht, wenn ihnen nicht zugetraut wird, mit normalem Menschenverstand zu agieren.</li> <li>■ Gesetze sind immer Ultima Ratio!</li> <li>■ Grenzen der Kultur des Miteinander-Redens sollten nicht noch weiter verschärft werden.</li> <li>■ Eigentlich sollte jeder selbst wissen, was moralisch in Ordnung ist und was Anstand bedeutet.</li> <li>■ Das stellt Abgeordnete und Beamte als absolute Deppen dar, die so etwas nötig haben.</li> <li>■ Was an Eid geleistet wird, reicht völlig aus.</li> <li>■ Deutschland hat schon scharfe Regelungen.</li> <li>■ Placebo, Symbolpolitik.</li> </ul> |